

Vorlage Nr. 101.20.152

Nutzung von E-Scootern regeln – Einhaltung der Regeln durchsetzen

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die Zahl der Unfälle von und mit E-Scootern laut Berichten der Polizei stark angestiegen ist, wodurch sowohl die Nutzenden selbst als auch andere Verkehrsteilnehmende zunehmend gefährdet werden. Die Stadtverordnetenversammlung vertritt daher die Auffassung, dass dieser Entwicklung im Rahmen städtischer Möglichkeiten entgegengewirkt werden muss.
2. Aus vorgenanntem Grund wird der Magistrat aufgefordert darzulegen, wie er die regelkonforme Nutzung von E-Scootern im Stadtgebiet künftig stärker überwachen und durchzusetzen will, um die ansteigende Unfallgefahren einzudämmen.
3. Ferner wird der Magistrat aufgefordert darzulegen, wie sich die Ausweitung der Abstellflächen auswirkt und ob dadurch die Anzahl von auf Gehwegen wild abgestellter E-Scootern spürbar eingedämmt werden konnte.
4. Gleichzeitig wird der Magistrat um Einschätzung gebeten, ob das Abstellen von E-Scootern an den ursprünglich für Fahrräder vorgesehenen Radbügeln inzwischen dazu führt, dass dort kaum noch Platz für Fahrräder ist, wie inzwischen an einigen Stellen zu beobachten ist.

Begründung:

E-Scooter erfreuen sich inzwischen großer Beliebtheit und sind zum Mittel urbaner Mobilität geworden. Leider steigen mit zunehmender Beliebtheit und stärkerer Nutzung auch die Unfallzahlen und die Anzahl von Verkehrsgefährdungen, da es inzwischen verstärkt zu Missachtungen der Straßenverkehrsordnung kommt und die E-Scooter teilweise mit beachtlicher Geschwindigkeit gefahren werden. Insbesondere auch auf Gehwegen, was mitunter zu massiver Gefährdung von Fußgängerinnen und Fußgängern führt. Festzustellen ist außerdem, dass die E-Scooter abends teilweise ohne bzw. mit nur unzureichender Beleuchtung gefahren werden. Auch stellen auf Bürgersteigen wild

abgestellte E-Scooter teilweise immer noch Gefahren und Behinderungen für Fußgehende dar. Diese Entwicklung bedarf entgegenwirkender Maßnahmen, die die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeit und in Zusammenarbeit mit der Polizei treffen muss, um steigende Gefahren für Nutzende und andere Verkehrsteilnehmende nach Möglichkeit einzudämmen.

2 von 2

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Christoph Zeidler

gez. Esther Kalveram
Fraktionsvorsitzende

gez. Ramona Kopec
Fraktionsvorsitzende